



BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



14.01.2022

Ausgabe 003

Bundesregierung darf sich bei Corona nicht aus Verantwortung stellen! Und: Fragwürdige Kreditpolster beim Nachtragshaushalt

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes, Krankenhäuser, Schulen und Betriebe sind auf eine klare und verlässliche Strategie im Kampf gegen die Corona-Pandemie angewiesen. Die Zeit zum entschlossenen Handeln ist jetzt und nicht erst in ein paar Wochen.

Die Bundesregierung muss Antworten liefern, insbesondere auch Klarheit schaffen, was die Debatte um eine allgemeine Impfpflicht angeht. Wir haben eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und befinden uns in einem engen Austausch mit Sachverständigen. Wir erwarten nun zunächst tragfähige Vorschläge der Bundesregierung, wie die Impflücke geschlossen werden soll.

Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung schon gleich bei der ersten großen Entscheidung in der neuen Legislaturperiode unter pauschalem Verweis darauf, dass das eine Gewissensfrage der Abgeordneten sei, eine eigene Positionierung verweigert.

Fragwürdige Kreditpolster beim Nachtragshaushalt

Der Entwurf für den Nachtragshaushalt wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Eines ist klar: Die Ampel-Koalition braucht Geld, sehr viel Geld – und zwar dringend. Es wurden zu viele Versprechungen gemacht, die sich nur mit zusätzlichen Schulden finanzieren lassen.

Die Ampel-Koalition will Kreditermächtigungen für die Corona-Pandemie nutzen, um sich ein komfortables Kreditpolster für die kommenden Jahre zu schaffen. Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Wir behalten uns daher eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht vor. Die Frage, ob und wie sich der Bund mit zweistelligen Milliardenbeträgen verschuldet, ist für uns eine essentielle Frage von Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Haushaltspolitik.

Außenpolitisches Kompetenzgerangel schnell beenden

Deutschland braucht eine starke außenpolitische Stimme. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie Deutschlands bisherige diplomatische Führungsrolle im Ukraine-Konflikt unter Angela Merkel nicht verspielt. Es ist gut, dass Russland und die USA direkt miteinander sprechen. Eine Eskalation des Konflikts hätte schlimme Folgen insbesondere für die Menschen in der Ukraine.

Aber auch für Europa wären die Folgen gravierend. Russland muss verstehen, dass eine Verletzung der ukrainischen Souveränität ernsthafte Folgen haben würde. Dafür braucht es eine klare Haltung gegenüber Russland, die mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern abgestimmt ist.

Verbundene Debatte zur Politik der Bundesregierung

Die Woche im Bundestag war geprägt von der Verbundenen Debatte zur Politik der Bundesregierung. Von Mittwoch bis Freitag mussten sich die zuständigen Minister der neuen Bundesregierung im Bundestag einer ausführlichen Debatte über ihre Pläne und Absichten stellen. Als konstruktive Opposition haben wir der linksgelben Regierung klare christdemokratische und christsoziale Positionen entgegengestellt und die Widersprüche und Unzulänglichkeiten des Koalitionsvertrages aufgezeigt.

Im Einzelnen ging es um die Themen Innen und Heimat; Recht; Ernährung und Landwirtschaft; Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; Wirtschaft und Klimaschutz; Bildung und Forschung; Gesundheit; Arbeit und Soziales; Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundeskanzleramt (Ostdeutschland, Integration und Kultur); Digitales und Verkehr; Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen; Finanzen und Haushalt; Außen, Europa und Menschenrechte; Verteidigung sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Einsetzung wichtiger Gremien

Wir haben über die Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes entschieden. Das Gremium ist das Herzstück der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes. Gegenstand der Kontrolle sind der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).

Nach der Abstimmung über die Einsetzung wurden die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums vom Plenum gewählt.

Außerdem haben wir über die Einsetzung eines Gremiums gemäß § 3 des Bundesschuldenwesengesetzes abgestimmt.

Nach dieser Vorschrift wählte der Deutsche Bundestag für die Dauer einer Legislaturperiode ein Gremium, das vom Bundesfinanzministerium über alle Fragen des Schuldenwesens des Bundes unterrichtet wird. Nach der Abstimmung über die Einsetzung wählte das Plenum die Mitglieder des Gremiums. Diese müssen dem Haushaltsausschuss angehören und sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS)

Wir befassten uns mit der Verlängerung des Mandats für den Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS). Wir haben die Fortsetzung dieses wichtigen Einsatzes unterstützt, um die Stabilisierung im Irak zu sichern, ein Wiedererstarken des IS zu verhindern und Versöhnung in Irak zu fördern. Ziel des deutschen Engagements im Irak ist es, durch einen vernetzten Ansatz zu einer umfassenden und nachhaltigen Stabilisierung der Region, insbesondere des ehemaligen Kerngebiets des IS in Irak und Syrien, beizutragen.

Der deutsche militärische Beitrag dient dazu – in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungsengagements – Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern. Das Mandat wurde bis zum 31. Oktober 2022 verlängert, die personelle Höchstgrenze verbleibt bei 500 Soldaten.

Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung

Zudem haben wir uns in dieser Woche auch mit der Verordnung der Bundesregierung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung und der Coronavirus-Einreiseverordnung befasst. Diese regelt Ausnahmen für geimpfte, genesene und getestete Personen im Hinblick auf staatliche Covid-Schutzmaßnahmen. Aufgrund der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz vom 5. Januar 2022 sind Anpassungen an der Verordnung erforderlich geworden.

Die Regelungen zum Quarantäneverbot für geimpfte Personen sowie dessen Ausnahmen wurden angepasst, um negative Auswirkungen für die kritische Infrastruktur zu vermeiden. Zudem wurde die Definition der Impfnachweise geändert, da diese Definition bisher keine Gültigkeitsdauer für Impfnachweise oder die Notwendigkeit der Aktualisierung des Immunschutzes durch Auffrischungsimpfungen vorsah.

Neues aus dem Büro

Endlich hat der Deutsche Bundestag seine Arbeit richtig aufgenommen und die Gremien werden nach und nach besetzt. Zusätzlich zu meinen Mitgliedschaften im Ausschuss für Bildung und Forschung sowie dem Haushaltsausschuss gehöre ich nun auch dem [Rechnungsprüfungsausschuss](#) an. Dieser wichtige Ausschuss arbeitet eng mit dem Bundesrechnungshof zusammen und überwacht die sparsame Verwendung der Haushaltsmittel – denn schließlich sind das Steuermittel!

Ich werde vor allem dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf die Finger schauen, da werden noch immer viel zu viele Milliarden für überflüssige oder unwirksame Programme ausgegeben.

Zudem hat mich die [Arbeitnehmergruppe](#) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu ihrer stellv. Vorsitzenden gewählt. Diese wichtige Soziologische Gruppe setzt sich – wie der Name schon sagt – vor allem dafür ein, daß die Arbeitnehmerrechte bei all den notwendigen Anpassungen und Veränderungen nicht unter die Räder kommen.



Das Bild zeigt meine Kollegin Franziska Hoppermann MdB und mich bei der Sitzung des Haushaltsausschusses am Mittwoch.

Zitat der Woche

«Man könnte den Bundesfinanzminister Christian Lindner schon ein wenig als den Lucky Luke der deutschen Politik bezeichnen: als der Mann, der schneller umfällt als sein Schatten.»

Der neugewählte Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Florian Oßner MdB am 14.1.2022 in der Debatte über „Finanzen und Haushalt“ im Deutschen Bundestag.